

KOMMENTAR

Stimmvieh

Von Peter Tänzler

Erstmals dürfen Jugendliche in Bremen und Bremerhaven bei einer Bürgerschaftswahl bereits ab 16 Jahren wählen. So wollte es die Rot-Grüne Koalition und änderte 2009 das Wahlgesetz. Signalwirkung sollte die Entscheidung haben und eine höhere Identifikation der jungen Menschen mit Parteien und dem demokratischen System erzeugen.

Was dem hehren Ansatz folgte, war jedoch so gut wie nichts. Parteipolitik ist wenig attraktiv und noch weniger transparent. Parteikarrieren werden überwiegend von Klüngeln und Seilschaften bestimmt. Wählen erlaubt, aktive Mitbestimmung unerwünscht. Doch als „Stimmvieh“ lassen sich auch Teenager nur ungern missbrauchen.

Gegen den Krieg

Ostermarsch in Bremen

BREMEN. Rund 300 Menschen beteiligten sich am gestrigen Sonnabend am traditionellen Ostermarsch. Unter dem Motto „Afghanistankrieg beenden“ ging es vom Ziegenmarkt zum Marktplatz. Aufgerufen hatten das Bremer Friedensforum, die Deutsche Friedensgesellschaft und „Nordbremer BürgerInnen gegen den Krieg“. (EMSN)

KONTAKT

Redaktion:

bremen@bremer-anzeiger.de
Tel.: [0421] 51804-5995

Zeitungszustellung:

info@weser-medien-vertrieb.de
Tel.: [0421] 800484-0

Anzeigen:

anzeigen@bremer-anzeiger.de
Tel.: [0421] 51804-5600

„Politik muss Erlebnischarakter haben“

16-Jährige dürfen erstmals wählen – sind die Parteien darauf vorbereitet? Ein Interview mit Lothar Probst

Von Matthias Koch

BREMEN. Es ist eine Altersgruppe, die gemeinhin als politikverdrossen gilt: Am 22. Mai dürfen 16- bis 18-Jährige erstmals bei der Bürgerschaftswahl mitbestimmen. Bremen ist das erste Bundesland, das Jugendlichen volles Wahlrecht einräumt. Welche Rolle spielt die neue Zielgruppe innerhalb der Parteien? Ist das neue Wahlrecht eine Möglichkeit, Jugendliche wieder für Politik zu interessieren? Diese Fragen stellten wir dem Bremer Parteienforscher Lothar Probst.

BREMER ANZEIGER: Jugendliche seien politikverdrossen, heißt es immer wieder. Was ist dran?

Lothar Probst: So pauschal stimmt das nicht. Ich glaube, dass wir es bei Jugendlichen mit einem ähnlichen Phänomen zu tun haben, wie in der gesamten Gesellschaft. Ein Teil von ihnen ist sehr aktiv und engagiert, während es auf der anderen Seite einen Teil gibt, der sich kaum noch für Politik interessiert. Es gibt allerdings dennoch einen Unterschied zu den Erwachsenen: Das Interesse, sich in einer Partei zu organisieren oder sich gar lebenslang an eine bestimmte politische Gruppierung zu binden, ist bei Jugendlichen noch geringer als bei Älteren. Es sind nur einige wenige, die sich – und dann manchmal durchaus karrierebewusst – parteipolitisch einbringen. Viele Jugendliche suchen sich stattdessen lieber Organisationen, bei denen die Devise „small and soon“ gilt.

Das heißt konkret?

Jugendliche wollen ihre Ziele meist kurzfristig verwirklichen können. Da geht es eher um ein überschaubares Engagement in kleineren Gruppen oder Initiativen, durch das sich schnell etwas erreichen lässt. Die Ochsentour durch die Parteien schreckt viele einfach ab. Und tatsächlich geht es ja auf Parteiversammlungen



Parteienforscher Lothar Probst prognostiziert, dass eine Art „Alten-Demokratie“ droht, weil die Wahlbeteiligung von Jugendlichen gering ist. Foto: F. T. Koch

nicht unbedingt spannend, sondern, nicht nur nach Meinung vieler junger Leute, eher todlangweilig zu.

Den Parteien dürfte dadurch über kurz oder lang der Nachwuchs fehlen, oder?

Das wird zu einem echten Problem für die Parteien. Die Zahlen sprechen dabei eine deutliche Sprache: Der Anteil von 16- bis 25-Jährigen in der Mitgliedschaft der Volksparteien liegt mittlerweile nur noch zwischen zwei und drei Prozent aller Mitglieder.

Und die Parteien sind scheinbar machtlos dagegen ...

Das Hauptproblem ist, dass Parteien auf Jugendliche wie Dinosaurier wirken. Ihre gesamte Organisationskultur passt nicht zu den Interessen der Jugendlichen. Zwar wird versucht, mit Schnuppermitgliedschaften und

ähnlichen Angeboten dagegenzuhalten. Aber an der Ursache ändert sich wenig. Jugendliche, die sich heute engagieren wollen, sind eher aktionsorientiert. Politik muss für sie auch Erlebnischarakter haben, während man in den Parteien vor allem eine hohe Frustrationstoleranz braucht, um bei der Stange zu bleiben.

Was können die Parteien dagegen tun?

Beispielsweise ihre Organisationskultur überdenken und wirkliche Beteiligung ermöglichen. Zudem ist auch ein Mehr an politischer Bildung in der Schule nötig. Leider gerät dieses Thema angesichts des Pisa-Drucks häufig ins Hintertreffen. Klar ist: Der Weg ist nicht einfach – aber es gibt durchaus gute Beispiele. Etwa die „Nacht der Jugend“ im Rathaus. Da steht ihnen die Regierungszentrale offen für ein eigenes Programm, das sie mitgestalten. Oder auch

die Jugendbeiräte in den Stadtteilen, so sie denn tatsächlich echte Mitbestimmungsrechte bieten, können eine Möglichkeit sein, um Jugendliche wieder mehr für Politik zu interessieren.

Ist dazu nicht auch das Wahlrecht ab 16 Jahren ein Baustein?

Ich bin da, ehrlich gesagt, etwas skeptisch: Es ist einerseits sinnvoll, dass Jugendliche über die Zusammensetzung des Parlaments mitbestimmen können. Andererseits sprechen die Zahlen eine andere Sprache: Bei der Beiratswahl 2007, bei der auch 16- bis 18-Jährige ihr Kreuz machen durften, war die Wahlbeteiligung extrem niedrig. Das liegt auch daran, dass ein Teil der jungen Leute ganz offen sagt: Wir fühlen uns noch gar nicht sicher und informiert genug, um eine begründete Wahlentscheidung zu treffen. In der Konsequenz bedeutet die niedrige Wahlbeteiligung von Jüngeren natürlich, dass uns eine Art „Alten-Demokratie“ droht.

Warum das?

Einer aufgrund der demografischen Entwicklung sinkenden Anzahl von Jugendlichen steht in Zukunft eine immer größer werdende Anzahl von Älteren gegenüber, deren Wahlbeteiligung darüber hinaus auch noch deutlich über der der Jüngeren liegt. Dadurch besteht die Gefahr, dass junge Leute als Zielgruppe auch von den Parteien nicht mehr als so wichtig angesehen werden.

Aber die Parteien müssten doch gerade die „neuen“ 16- bis 18-jährigen Wähler umwerben, um neue Stimmenpotenziale zu erschließen?

Tatsächlich scheinen die Parteien diese Zielgruppe aber noch nicht richtig „auf dem Schirm“ zu haben. Das beginnt schon bei den sprachlichen Angeboten, beispielsweise der Formulierung politischer Zielsetzungen sowie Wahlprogramme, und endet bei den jugendpolitischen Forderungen, die oft schwammig und teilweise kaum wahrzunehmen sind.



Heute im Kurier am Sonntag:

Ostern: Wie geht es den Kirchen?

Sport: Alles über Werder gegen St. Pauli

Leselust: Prominente und die Medien

